



Bürgerschaftliches Engagement über Grenzen?

Europäische Umweltpolitik und transnationale Vernetzung von Umweltgruppen in den 1970er Jahren

Meyer, Jan-Henrik

Published in:
Nachhaltige Stadtentwicklung

Publication date:
2017

Document version
Tidlig version også kaldet pre-print

Citation for published version (APA):
Meyer, J-H. (2017). Bürgerschaftliches Engagement über Grenzen? Europäische Umweltpolitik und transnationale Vernetzung von Umweltgruppen in den 1970er Jahren. I J. I. Engels, N. Janich, J. Monstadt, & D. Schott (red.), *Nachhaltige Stadtentwicklung: Infrastrukturen, Akteure, Diskurse* (s. 52-72). Campus Verlag.

Bürgerschaftliches Engagement über Grenzen? Europäische Umweltpolitik und transnationale Vernetzung von Umweltgruppen in den 1970er Jahren

Preprint 2016

Jan-Henrik Meyer

Bürgerschaftliches Engagement für die Umwelt findet zumeist vor Ort statt. Wenn man umweltpolitisches Engagement erforschen möchte, liegt es daher nahe, den Blick auf die lokale Ebene zu richten, das Handeln vor Ort zu betrachten. Dennoch ist lokales Handeln immer in größere räumliche Zusammenhänge und Kontexte einzuordnen. Das beizusteuern, ist Ziel dieses Beitrags.

Seit den frühen 1970er Jahren etablierte sich nicht nur auf nationaler, sondern auch auf der Ebene der europäischen Gemeinschaften (EG), dem Vorläufer der Europäischen Union, eine Umweltpolitik.¹ Die EG erließ bereits im Verlauf der 1970er Jahre nicht nur unverbindliche Kommunikationen, Deklarationen und Appelle, sondern auch verbindlich geltende Rechtsnormen. Neben direkt gültigen Verordnungen erließ die EG im Umweltbereich vor allem Richtlinien, beispielsweise die Richtlinie zu Badegewässern (Gemeinschaften 1975), die die Mitgliedsstaaten in nationales Recht umzusetzen hatten. Die praktische Implementierung fand dabei oft auf der lokalen Ebene statt, zum Beispiel, um die vorgeschriebene Wasserqualität sicherzustellen.

¹ Dieser Beitrag basiert auf meinen Forschungen zur Entstehung der europäischen Umweltpolitik, die durch ein Marie-Curie-Intra-European Fellowship und einen Marie-Curie-European Re-Integration Grant der Europäischen Union gefördert wurden, sowie durch den Dänischen Forschungsrat für Kultur und Kommunikation (FKK) an der Universität Aarhus, durch ein Fellowship der KFG »The Transformative Power of Europe« an der FU Berlin und des Rachel-Carson-Centers for Environment and Society in München. Der Beitrag profitierte zudem von meiner Tätigkeit an der NTNU Trondheim und meinen jüngsten Forschungen an der Universität Kopenhagen im Rahmen des Horizon-2020-Forschungsprojekts HoNESt – History of Nuclear Energy and Society, Projekt-Nr. 662268 (Euratom Research and Training 2014–18).

EG-Vorgaben spielten so eine zunehmend wichtige Rolle in der städtischen Umweltpolitik. Die Notwendigkeit, sie vor Ort umzusetzen, beschneidete einerseits lokale Handlungsspielräume. Andererseits boten EG-Vorschriften städtischen Akteuren neue Argumente und Einwände. Dies war vor allem für Bürgerinitiativen vor Ort hilfreich, die – wie es Matthias Liebs Aufsatz für Mainz zeigt – den Umweltschutz gegen die Befürworter von Wirtschaftswachstum durch Industrieansiedlung und Infrastrukturausbau verteidigen wollten. Unter Bezugnahme auf EG-Regeln, zum Beispiel die Vogelschutzrichtlinie von 1979 (Meyer 2013b; Temple Lang 1982), ließen sich Umweltziele und konkret der Schutz von Grünbereichen ausgezeichnet legitimieren – wie z.B. die Sicherung von durch die Richtlinie als für die Vogelwelt wertvoll erklärten natürlichen Lebensräumen.

Europäische Politik bestand und besteht nicht nur aus den Aushandlungsprozessen zwischen den Regierungen der zunächst sechs, ab 1973 dann neun, später zehn, und ab 1986 zwölf Mitgliedsstaaten. Gerade die entstehende EG-Umweltpolitik zeichnete sich dadurch aus, dass eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure in verschiedener Form beteiligt war (Kaiser/ Meyer 2013): Kommissare und Beamte der Europäischen Kommission, Mitglieder des Europäischen Parlaments, Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft, und eben auch bürgerschaftliche oder »zivilgesellschaftliche Akteure« (zur Begrifflichkeit: Hasenöhl 2011: 25–31).

Auf europäischer Ebene wurden all diese Akteure dann besonders schlagkräftig, wenn sie sich transnational vernetzten, auch und gerade über institutionelle und politische Grenzen hinaus. Dies lässt sich sehr gut anhand der Entstehung der bereits erwähnten Vogelschutzrichtlinie verdeutlichen, aber auch anhand des transnational organisierten Protests gegen die Förderung der Atomkraft durch die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom),.

Im Folgenden möchte ich einen kurzen Überblick über diese beiden Kontexte für lokales umweltpolitisches Handeln geben. Die Trennung zwischen europäischen – also auf europäische, supranationale Institutionen bezogenen – Kontexten und transnationalen Verflechtungen ist dabei lediglich analytisch zu verstehen. Empirisch ist beides kaum zu unterscheiden. In meiner Darstellung werde ich mich immer wieder auf die lokale Dimension und Projektergebnisse zu Mainz und Wiesbaden beziehen. Abschließend werde ich versuchen, die Rolle verschiedener Arten und Grenzen und deren Überwindung auf der europäischen Ebene zu betrachten.

Dies ist als Anstoß für einen Vergleich zur lokalen Problemlage zu verstehen und soll Anregungen für weitere Forschung auf städtischer Ebene geben.

Europäische Kontexte

Kommunen existieren nicht als autonome Einheiten im politischen Raum. Sie sind in vielfältiger Art und Weise durch Gesetze, Finanzzuweisungen und Vorschriften mit der politischen Bundes- und Landesebene verbunden und durch sie begrenzt. Kompetenzabgrenzungen und –gerangel sind Teil der täglichen behördlichen Routine, wie das Beispiel aus dem Aufsatz von Matthias Lieb zur Gewerbeaufsicht in der Stadt deutlich macht, die eine Landeskompentenz war und daher von einer Landesbehörde wahrgenommen wurde.

Seit den 1950er Jahren fügten EG und nachfolgend die EU hier noch eine weitere politische Handlungsebene hinzu. Für Deutsche, die mit dem Föderalismus aufgewachsen sind, ist das, was im – Jargon der Europa – und EU-Studien Mehr-Ebenen-Regieren oder *Multi-Level-Governance* heißt, meist einfacher zu verstehen als für viele unserer europäischen Nachbarn aus zentralistisch organisierten Einheitsstaaten. Konzepte und Einsichten aus der Multi-Level-Governance-Forschung ermöglichen es, die komplexe Vernetzung über verschiedenen politischen Ebenen hinweg systematisch zu untersuchen. Daher bieten sie einen guten analytischen Ansatz an, um die multiple Verwobenheit der Umweltpolitik in der Stadt besser zu erforschen (Börzel/Heard-Lauréote 2009; Knill/Liefferink 2007; Peters/Pierre 2009: 95f.).

Europäische Politik bildet nicht nur einen Handlungsrahmen. Sie wirkt auch direkt auf die darunter liegenden Ebenen, inklusive der Kommunen ein. Europäische Rechtssetzung durch Richtlinien, und Verordnungen, bindet nicht nur die Mitgliedsstaaten, sondern auch Länder und Kommunen. Nicht-verbindliche Empfehlungen werden oft freiwillig von »unteren« Politikebenen umgesetzt, um »*naming and shaming*« zu vermeiden (Hafner-Burton 2008). Inwieweit bürgerschaftliche Gruppen auf lokaler Ebene auf solche Empfehlungen Bezug genommen und dies als Argument in der politischen Auseinandersetzung genutzt haben, wäre für Mainz und Wiesbaden weiter zu erforschen.

Was ist EG-Umweltpolitik? Wann und wie ist sie entstanden?

Dass die Europäische Gemeinschaft eine Umweltpolitik entwickelt hat, ist eigentlich erst einmal bemerkenswert. Schließlich ging es bei dem Projekt der Europäischen Integration vor allem um die Entwicklung der Wirtschaft: zunächst mit der Gründung einer Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 und dann 1957 der Gründung einer Atomgemeinschaft und einer Wirtschaftsgemeinschaft. Diese drei Gemeinschaften wurden 1967 zur EG verschmolzen. Ziel war ein gemeinsamer Markt, um durch freien Handel wirtschaftlichen Fortschritt und Prosperität zu fördern. Ganz typisch für nationale Politik und internationale Organisationen der Nachkriegszeit, wie zum Beispiel der OECD (Schmelzer 2016), lag der EG also ein Zukunftsmodell zu Grunde, das Fortschritt in Gestalt von Wirtschafts- und Wohlstandswachstum definierte. Dies war kein Selbstzweck, sondern sollte zur Überwindung der Armut und der prekären sozialen Verhältnisse nach dem Krieg in West- und vor allem im noch ärmeren Südeuropa dienen. Wie Alan Milward, der kürzlich verstorbene britische Wirtschafts- und Europahistoriker zur »europäischen Rettung des Nationalstaats«, herausgearbeitet hat, sollte damit gleichzeitig die politische Stabilisierung der Staaten West-europas im Kalten Krieg befördert werden (Milward 2000). Aus Sicht des Westens, inklusive der USA, die diese Politik massiv unterstützten, diente dies dazu, politischen Radikalismus von Links und Rechts zu verhindern und die Verteidigungsbereitschaft gegen den »Ostblock« zu gewährleisten.

Aus heutiger Sicht erscheint ein solches Fortschrittsmodell konträr zum Ziel des Umweltschutzes. Wir sind gewohnt, in Kategorien von Ökonomie versus Ökologie zu denken, und dies als ein Nullsummenspiel zu begreifen: Umweltschutz hat einen Preis. Diese Vorstellung hat sich aber erst im Verlaufe der 1970er Jahre vollständig durchgesetzt und wurde politisch relevant, als unter dem Eindruck der Ölkrise Umweltschutz als Kostentreiber und Investitionshindernis diffamiert wurde, vor allem im Hinblick auf die Luftverschmutzung (Metzger 2015: 110–133; Schulz-Walden 2013: 279–330). Zunächst waren den Zeitgenossen die Kosten der Umweltpolitik wenig bewusst (Downs 1972). Sie erschienen angesichts des Wirtschaftsbooms bis zum Herbst 1973 auch tragbar. Unter internationalen ökonomischen Experten wurde vor allem über deren gerechte Verteilung gemäß »Verursacherprinzip« diskutiert, um Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel zu vermeiden (Meyer 2017b).

Dagegen gab es in den frühen 1970er Jahren gab es eine intensive internationale Debatte um »Lebensqualität« als notwendige Ergänzung der bisher verwendeten quantitativen Indikatoren wie dem »Lebensstandard«.² Dieses Konzept nahm einige der Aspekte von nachhaltiger Entwicklung in vielerlei Hinsicht vorweg. In der Tat entwickelte die Brundtland-Kommission, die für den Durchbruch des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung sorgte, diese Ideen der frühen 1970er Jahre fort. Geprägt wurde dieser Begriff durch eine Gruppe von Akteuren, die seit den frühen 1970er Jahren auf internationaler Ebene zu Umwelt- und Entwicklungsthemen zusammen arbeiteten. (Borowy 2014, 2017; Macekura 2015, 2017).

Seit den späten 1960er Jahren sahen viele Wachstums-Kritiker – wie der vielzitierte britische Ökonom Ezra Mishan (1967), Autor des Buches »The Cost of Economic Growth« – den traditionellen quantitativen Maßstab für wirtschaftlich-gesellschaftlichen Fortschritt, das Bruttoinlandsprodukt, als unzureichend an: Sie forderten, qualitative Aspekte – wie gesunde Atemluft – mit einzubeziehen. Unter Verweis auf das Konzept der Lebensqualität konnte die Europäische Kommission argumentieren, dass eine moderne Wirtschaftsgemeinschaft eben auch eine Umweltpolitik benötige, um nicht nur den materiellen Lebensstandard weiter zu steigern, sondern auch die Lebensqualität zu sichern und fortwährend zu verbessern. Dieses Argument war wichtig, um die Einführung der EG-Umweltpolitik zu legitimieren, denn das erst an der Wende zu den 1970er Jahren »erfundene« Feld der Umweltpolitik war in den Gründungsverträgen von 1957 gar nicht vorgesehen.

Die »neue« EG-Umweltpolitik der 1970er und 1980er Jahre, die bis 1986/87 ohne eigene Vertragsgrundlage existierte, war in ihren Inhalten stark auf den Binnenmarkt bezogen, weil die europäischen Verträge für binnenmarktrelevante Probleme europäische Gesetzgebung vorsahen. Die EG-Umweltpolitik hatte aber auch eine internationale Dimension, weil die Europäische Kommission die Europäische Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit bei verschiedenen internationalen Organisationen vertrat. Viele der regionalen internationalen Organisationen in Europa, wie der Straßburger Europarat oder die UN Wirtschaftskommission für Europa beschäftigten

2 Interessanterweise wurde kürzlich, mehr als vierzig Jahre später, die Debatte um Lebensqualität und deren Messung von der Enquetekommission des Deutschen Bundestags »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« noch einmal wiederbelebt (Bundestag (2013)).

sich schon seit den späten 1960er Jahren mit Umweltschutz. Auch die internationale Wirtschaftsorganisation und Denkfabrik der westlichen Welt, die OECD in Paris, hatte bereits seit 1970 einen Umweltausschuss (Meyer 2017a). Hier vertrat die Europäische Kommission die EG als Ganze. Europäische Umweltpolitik war daher nicht auf die EG als Institution beschränkt. Gleichwohl unterschied sich die EG-Umweltpolitik durch ihren rechtsverbindlichen Charakter von der anderer regionaler und internationaler Organisationen. Damit wirkte sie durch ihre Umsetzung nicht nur national, sondern auch lokal.

Das wichtigste Argument für die Einführung einer Umweltpolitik in einer Wirtschaftsgemeinschaft war, dass ein gemeinsamer Markt gemeinsame Umweltstandards erfordere. Nur das könne verhindern, dass national unterschiedliche Regeln den Markt beschränkten. Unterschiedliche Regeln könnten den Wettbewerb entweder verzerren, zum Beispiel wenn höhere nationale Standards die Produktion verteuerten, oder gar den Marktzugang beschränken, wenn Produkte, die nationalen Umwelt-Standards nicht entsprächen, nicht eingeführt werden dürften. Mit diesem Argument ließ sich letztlich selbst die skeptische französische Regierung von der Notwendigkeit gemeinsamer EG-Regeln überzeugen. (Gemeinschaften 1972).

Dies hatte zur Folge, dass sich die EG-Umweltpolitik stark im Setzen von Standards – zum Beispiel für Luft- und Wasserverschmutzung, Lärm und Müll engagierte. Hierzu gehörten zwei Bereiche, in denen die EG ohnehin bereits tätig gewesen war: die Chemikalienregulierung sowie der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und für die Öffentlichkeit vor den Gefahren radioaktiver Strahlung (McCormick 2001: 43–45). Aber auch im Bereich der Forschungsförderung und -zusammenarbeit war sie aktiv. Europäisches Handeln erschien vor allem dort legitim, wo es um die Lösung grenzüberschreitender Probleme ging. Das grenzüberschreitende Problem, das den Ausgangspunkt für die EG-Umweltpolitik bildete, war Anfang der 1970er Jahre die Verschmutzung des Rheins.

Entstehung der EG-Umweltpolitik

Die Entstehung der EG- Umweltpolitik ist allerdings nur verständlich vor dem Hintergrund der Neudefinition des Problemfeldes seit den 1960er Jahren. In internationalen, meist amerikanisch dominierten Debatten problematisierten Experten den menschlichen Umgang mit seiner natürlichen Umgebung auf neue Weise, vor allem indem sie ökologische Zusammenhänge herausarbeiteten. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, wie

Rachel Carson und Barry Commoner, die nicht nur besorgniserregende wissenschaftliche Beobachtungen zusammentrugen und diskutierten, sondern sie dann auch skandalisierten und popularisierten, spielten hier eine wichtige Rolle (Egan 2007; Hamblin 2013; Thomas 2009). Vor diesem Hintergrund ging es ab den frühen 1970er Jahren nicht mehr um einige einzelne Beeinträchtigungen, zum Beispiel durch Verschmutzung, sondern diese Probleme erschienen als Teil eines umfassenden, globalen, wissenschaftsbasierten neuen Politikproblems, der Umwelt (Engels 2010). Umweltpolitik, also kollektives, allgemeinverbindliches Handeln durch politische Organisationen erschien als der einzig gangbare Weg zu einer Lösung. Wenn man sich die Einführung der EG-Umweltpolitik anschaut, lässt sich dies sehr genau zeigen.

Die EG-Umweltpolitik entstand erst recht spät, wenn man die EG mit anderen internationalen Organisationen wie der OECD vergleicht (Borowy 2017). Das erste EG-Umwelt-Aktionsprogramm wurde am 22. November 1973 durch den Rat verkündet. Da hatte die erste Ölkrise bereits begonnen. Der Politikbetrieb war also schon zur nächsten Krise der 1970er Jahre weitergezogen (Ferguson 2010). Ein Jahr zuvor, im Gefolge und unter Eindruck der ersten UN Umweltkonferenz vom Sommer 1972, hatten die Regierungen die Europäische Kommission autorisiert, ein solches Programm vorzulegen.

Vorbereitungen für eine EG-Umweltpolitik waren damals aber bereits im Gange. Schon 1970 forderten Abgeordnete des Europäischen Parlaments die Einführung von Maßnahmen zur Beschränkung der Wasserverschmutzung, vor allem der des Rheins. »Altvater Rhein«, der die Städte Wiesbaden und Mainz trennt und verbindet, war nur der Mythologie des deutschen Nationalismus nach ein deutscher Fluss. In der geographischen und politischen Realität war er stets ein europäischer, trans- und internationaler Fluss, dessen Einzugsgebiet fünf der sechs EG-Gründungsmitglieder umfasste. Ein Skandal aus dem Rhein-Main-Gebiet war Auslöser dafür, dass das Europäische Parlament die Frage der Rhein- und Wasserverschmutzung auf die Tagesordnung der EG setzte: ein massives Fischsterben im Rhein und die Beeinträchtigung der Trinkwasserbrunnen flussabwärts. Verursacher war der Frankfurter Chemiegigant Hoechst, der das – heute in Europa und den USA verbotene – Kartoffelkäfergift Thiodan routinemäßig, illegal, aber von den örtlichen Behörden offenbar unkontrolliert in den Main eingeleitet hatte. Im wasserarmen Sommer 1969 hatte dies verheerende Konsequenzen (Cioc 2002: 141; 2013).

Zuständiger Berichterstatter für den Gesundheits- und Sozialausschuss des Europäischen Parlaments war der Niederländer Jacob Boersma (1970). Seine Motivation, die Rheinverschmutzung zu skandalisieren, lag auf der Hand, denn die Trinkwasserversorgung in den Niederlanden hing maßgeblich vom Rheinwasser ab. Das angrenzende Nordrhein-Westfalen hatte die niederländischen Behörden nur verzögert über die schwerwiegende Rheinverschmutzung informiert, was umso mehr für grenzüberschreitende Verstimmung sorgte. Anders als die deutschen Ämter hatten die Niederländer rasch herausgefunden, um welches Gift es sich handelte (NN 1969). An diesem Beispiel zeigt sich wiederum das Ineinandergreifen der verschiedenen politischen Ebenen in Umweltfragen und die Anwendbarkeit des bereits diskutierten Modells des Mehrebenen-Regierens. Es handelte sich nämlich nicht so sehr um einen Konflikt zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden, sondern um eine grenzüberschreitende Auseinandersetzung zwischen den zuständigen deutschen Bundesländern und den betroffenen Kommunen. Schließlich waren die Gemeinden dafür zuständig, sauberes Trinkwasser bereitzustellen. Diese Auseinandersetzung und die unbefriedigende Problemlösung führten dazu, diese Frage auf die Tagesordnung der EG zu setzen, also auf die supranationale Ebene zu heben.

Wenig später setzten die EG-Parlamentarier die Luftverschmutzung als zweites umweltpolitisches Problemfeld auf die europäische Tagesordnung, wiederum mittels eines parlamentarischen Berichts (Jahn 1971). Dies verwundert nicht, denn auch in anderen internationalen Foren begann die umweltpolitische Diskussion in den 1960er Jahren mit Fragen von Wasser- und Luftverschmutzung (Kaiser 2017). Zu beiden Verschmutzungsproblematiken hatte zum Beispiel der Europarat 1967/68 Resolutionen verabschiedet (Europe 1968a, 1968b). Beide Themen waren nicht nur sichtbar und gesundheitlich relevant, sondern hatten zudem die nötige grenzüberschreitende Bedeutung, die internationales und europäisches Handeln nicht nur nahelegte, sondern auch legitimierte.

Die Europäische Kommission fügte die beiden Pionierthemen in das neue Politikfeld Umwelt ein. Als Institution mit dem Vorschlagsmonopol für Gesetzgebungsprojekte präsentierte die Kommission den Regierungen der EG-Staaten als Antwort auf die Forderungen der Parlamentarier 1971 eine »Erste Mitteilung der Kommission über die Politik der Gemeinschaft auf dem Gebiet des Umweltschutzes«, dann 1972 eine zweite (Commission

1971, 1972). Diese sollten die Grundlage für das nachfolgende erste Umweltprogramm bilden.

Innerhalb der Kommission unterstützten zwei Kommissare das Projekt einer europäischen Umweltpolitik. Der italienische Industriekommissar Altiero Spinelli war ein Veteran der europäischen Bewegung. Sein Verständnis von Umwelt war stark an der Lebensqualität-Debatte orientiert. Ihm ging es um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Europäer. Er sah keinen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie, sondern setzte auf technischen Fortschritt. Der Niederländer Sicco Mansholt, der als Agrarkommissar 1968 noch die Abschaffung der bäuerlichen Landwirtschaft geplant hatte, wandelte sich in den frühen 1970er Jahren vom technokratischen Saulus zum wachstumskritischen Paulus. Beindruckt vom Club of Rome-Bericht über die Grenzen des Wachstums vertrat er ein weit radikaleres Konzept von Umwelt und wurde nachfolgend auch zu einem scharfen Kritiker der Atomkraft (Scichilone 2009). Es war daher von nachhaltiger Bedeutung für die Inhalte und das Framing der EG-Umweltpolitik, dass die Abteilung, die die Pläne für ein EG-Umweltaktionsprogramm entwickelte, im Bereich von Spinelli und nicht von Mansholt angesiedelt war.

Das Umweltaktionsprogramm von 1973 – und die in unregelmäßigen Abständen erlassenen Nachfolgeprogramme 1977, 1982, 1988, 1993, 2002 und 2013 – setzten den Rahmen für die Umweltpolitik, die bis 1986/87 mit der Einheitlichen Europäischen Akte die Umweltpolitik als separates Politikfeld in die Europäischen Verträge eingefügt wurde.

Das Umweltaktionsprogramm etablierte Ziele, die stark den Stand der Umweltdebatte und den Konsens von Stockholm reflektierten (Meyer 2011a: 13), nämlich die »Verhinderung, Reduktion und Vermeidung von Verschmutzung«, die »Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts und der Schutz der Biosphäre«, die »rationale Verwaltung bzw. Management von Ressourcen«, die »Qualitative Orientierung der Wirtschaftsentwicklung«, die »Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen« und die »Internationale Kooperation und Suche nach gemeinsamen Lösungen«. Das Programm umfasste auch ganz konkret etwas, das die kommunale Ebene berührt, nämlich die »Einbeziehung von Umwelt-Aspekten in Stadtplanung und Landnutzung« (Communities 1973: Part I, Title I). Ob, inwiefern und von wem diese Frage tatsächlich angegangen wurde, da sie außerhalb des eigentlichen Kompetenzbereichs der EG liegt, wäre ein

spannendes Forschungsthema, das kommunale und europäische Aspekte von Umweltpolitikgeschichte verbinden würde.

Das Umweltaktionsprogramm postulierte eine Reihe von Prinzipien, zum Beispiel das Verursacher- und das Vorsorgeprinzip (Delreux/Happaerts 2016: 20-22). Diese Prinzipien wurden in den folgenden Jahren ausgestaltet (Meyer 2017b). Frühe Aktivitäten der EG erstreckten sich zunächst auf die Wasserverschmutzung. Als einige der ersten Richtlinien entstanden die Trinkwasser- und die Badewasserrichtlinien, deren Umsetzung und Qualitätskontrolle den Kommunen oblagen. Mit den Fragen, wie lokale Ebene und Europäische Ebene bei der Entstehung, aber auch bei der Umsetzung miteinander interagierten, und welche Rolle transnationale Beziehungen hierbei spielten, hat sich die historische Forschung noch nicht befasst.

Transnationale Verflechtungen

Im europäischen Kontext zeigt sich, dass zivilgesellschaftliche Akteure in der Umweltpolitik vielfach transnational kooperierten, um politisch erfolgreich zu sein und Themen auf die europäische Tagesordnung zu setzen. Dies soll anhand des klassischen Naturschutzthemas Vogelschutz, und im Kontrast dazu anhand des Kernthemas der neuen Umweltbewegung der 1970er Jahre, der Atomkraft, deutlich gemacht werden.

Eine transnationale Koalition aus Vogelschützern und supranationalen EG-Institutionen erreichte 1979, dass die EG erstmals im Bereich des Naturschutzes aktiv wurde. Sie erließ eine verbindliche und sehr weitreichende Richtlinie in einem Bereich, der weit außerhalb der EG-Kernkompetenzen lag. Die Vogelschutzrichtlinie stellte nicht nur die Zugvögel unter Schutz und schränkte die Jagd massiv ein, sondern schuf auch Regeln für die Einführung von Schutzgebieten (Meyer 2010). Die Vogelschutzrichtlinie gilt daher zusammen mit der Habitat-Richtlinie als eine der bahnbrechenden und bis heute wichtigsten Gesetzgebungen im europäischen Naturschutz.

Wie schon bei der Wasser- und Luftverschmutzung spielte das Europäische Parlament eine wichtige Rolle dabei, Umweltprobleme auf die europäische Tagesordnung zu setzen, so die Forderung nach supranationalem Schutz der europäischen Zugvögel vor der Jagd in Südeuropa (Meyer

2014a). Ein Netzwerk aus italienischen Vogeljagdgegnern, radikalen Vogelschützern aus den Niederlanden und dem deutschen »Komitee gegen den Vogelmord«. Wichtiger Unterstützer war zudem der im In- und Ausland gut vernetzten Frankfurter Zoo-Direktor und Fernsehmoderator Bernhard Grzimek. Dieses Netzwerk trat Mitte der 1970er Jahre an den neuen Umweltausschuss des europäischen Parlaments heran (Meyer 2010: 182-185).

Den direkten Anstoß für die Richtlinie gab aber die Petition einer radikal-ökologischen Organisation, der »Stichting Mondiaal Alternatief« aus den Niederlanden, die sehr aktiver Teil dieses Netzwerks war. Die Petition wandte sich an verschiedene internationale Organisationen und protestierte gegen den Zugvogelfang in Südeuropa. Ursprünglich ging es den Vogelschützern lediglich darum, eine internationale Konferenz zu veranstalten, um das Thema prominent zu platzieren. Der Vizevorsitzende des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments, der politisch und PR-erfahrene CDU-Bundestags-Abgeordnete Hans Edgar Jahn (zur Biographie: Meyer 2012), wusste um die Möglichkeiten, die das europäische Recht bot. So ergriff er die Gelegenheit, eine Maximalforderung zu stellen, nämlich eine rechtsverbindliche europäische Richtlinie.

Bei der Kommission stieß dies im Rahmen der neuen Umweltpolitik überraschend auf Zuspruch, denn es ermöglichte der neuen Abteilung für Umweltfragen, an einem populären Umwelt- und Naturschutzthema den Mehrwert europäischer Regeln zu beweisen (Stuffmann 2009). Dass der Schutz der Lebensräume eine zentrale Rolle im Gesetzesvorschlag der Kommission spielte, war dem Einfluss der traditionellen Vogelschutzverbände zu verdanken, die die Kommission berieten. Auf einer europäischen Vogelschutztagung in Mainz 1976 trafen sich die Verbände, um sich zu vernetzen und die Kooperation in Europa zu koordinieren.. Die Bedeutung des Lebensraumschutzes hat Folgen, die bis heute auf regionaler und kommunaler Ebene zu spüren sind. Nach Vogelschutz- und Habitat-Richtlinien ausgewiesene Schutzgebiete genießen nämlich einen sehr hohen Schutzstatus und dürfen nicht bebaut werden. Fort wirkte auch die Vernetzung in der *Working Group of European Bird Protection Societies (WEBS)*, die 1978 von Vogelschützern in Florenz gegründet wurde, um dauerhaft in der EG präsent zu sein. WEBS war somit Vorläufer der heutigen NGO Birdlife Europe. (Meyer 2010: 189). Diese Arbeitsgruppe stellte nachfolgend auch Experten für die entsprechenden europäischen Ausschüsse bereit und sicherte sich damit dauerhaft Einfluss auf diese Politik.

Für den transnationalen Anti-Nuklear-Protest war die Ausgangssituation weit schwieriger. Lokal – nicht nur in Mainz und Wiesbaden – und national in den europäischen Gesellschaften wurde Atomkraft dagegen kontrovers und als ein Umweltproblem diskutiert. Dagegen verpflichtete der Euratom-Vertrag die EG-Institutionen, sich für den Ausbau der Atomkraft einzusetzen. Zudem wurde Nuklearenergie auf EG-Ebene nicht als Umweltthema begriffen, sondern als eines, das den Bereichen Euratom, Forschung und Energie zugeordnet war. Insofern ist es bereits bemerkenswert, dass es den transnational kooperierenden Anti-Nuklear-Aktivisten gelang, die Europäische Kommission dazu zu bringen, auf der supranationalen Ebene die Förderung der Atomenergie durch die EG kritisch hinterfragen zu lassen. Ein Netzwerk verschiedener Gruppen hoch engagierter, EG-affiner Atomkraft-Kritiker – unter ihnen Petra Kelly und Jo Leinen – erreichte es, den pro-nuklearen Konsens in der EG zur Diskussion zu stellen und ihn aus dem Arkanum der Atomgemeinschaft in die Umweltdebatte einzubeziehen. Sie bewegten die Kommission tatsächlich dazu, 1977/78 öffentliche Hearings mit Befürwortern und Gegnern abzuhalten und sich damit einer kritischen Diskussion ihrer Pläne zu öffnen (Meyer 2013a, 2014b: 222-225, 227-229).

Auch hier zeigt sich die Grenzüberschreitung von lokal bis global in verschiedener Hinsicht. Leinen und Kelly beeindruckte der lokale Protest gegen das Atomkraftwerk in Wyhl 1975. In seiner grenzüberschreitenden Dimension, mit Beteiligten aus dem Elsass und der Schweiz, erschien er ihnen als ein Beispiel für ein besseres Europa von unten. »Wyhl« bedeutete für sie ein Gegenmodell zum Europa der Konzerne, das sie ablehnten. Mit Leinen und Kelly kooperierten auch die niederländischen Anti-Kalkar-Aktivisten. Letztere hatten ein noch konkreteres lokales Interesse, da der »Schnelle Brüter« sehr nah an der niederländischen Grenze errichtet werden sollte. Auf die potentiell grenzüberschreitende Gefahr reagierten sie mit grenzüberschreitenden Aktionen. Ähnlich kooperierten seit den 1970er Jahren regional, aber grenzüberschreitend auch dänische und schwedische Anti-Atomkraft-Aktivisten gegen das Kernkraftwerk Barsebäck in Schweden, das nur 20 km von Kopenhagen entfernt lag (Organisationen til Oplysning om Atomkraft (OOA) (1980-).

Das Beispiel des Protests gegen die Atomenergie zeigt aber auch die Voraussetzungen und Schwierigkeiten transnationaler Vernetzung zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber vor allem auch in die europäischen Institutionen hinein. Während es im Fall des Vogelschutzes

aufgrund von Interessenüberschneidungen leicht war, in Parlament und Kommission Verbündete für das eigene Anliegen zu finden, war das beim Protest gegen die Kernenergie weit schwieriger, weil hier die Interessenlagen klar konfligierten.

Die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren bot in jedem Fall vielfältige Vorteile, zum Beispiel durch Bündelung von Informations- und Organisationsressourcen, und durch gegenseitiges Lernen. Gerade grenzüberschreitende Zusammenarbeit war allerdings nicht immer einfach. In einer Zeit, als Fremdsprachenkenntnisse in Europa weit weniger verbreitet waren als heute, war allein die Kommunikation oft schwierig. Wenige Aktivisten mit guten fremdsprachlichen Fähigkeiten, wie Kelly, die in den USA aufgewachsen war, und Leinen, der aus dem Saarland stammend und nach der Ausbildung am College of Europe ausgezeichnet Französisch und Englisch sprach, spielten daher rasch eine zentrale Rolle als Mittler. Beim transnationalen Protest gegen Kalkar profitierten die deutschen Partner davon, dass die Niederländer gut Deutsch sprachen. Im Fall Barsebäck war es von Nutzen, dass Dänisch und Schwedisch untereinander verständlich sind. Gegenseitiges politisch-kulturelles Verständnis war ebenfalls nicht immer gegeben. So berichtete eine deutsche Beobachterin einer Demonstration gegen Atomkraft in Paris 1975 irritiert von der antiamerikanischen Stoßrichtung (Eiardt 1975).

Neben solchen kulturellen Hürden spielten materielle Aspekte ebenfalls eine Rolle: Grenzüberschreitendes Reisen war nicht nur kosten-, sondern auch zeitaufwendig. Dies stellte Aktivisten, die nicht wie Leinen von der SPD-Nachwuchsorganisation für diese Tätigkeiten bezahlt wurden, vor erhebliche Herausforderungen. Vor dem Zeitalter des Internets gestaltete sich zudem der alltägliche transnationale Informationsaustausch schwieriger, wenn man nicht wie Petra Kelly die Nachtstunden zum Briefeschreiben (Kelly 1974) nutzte sowie das Diensttelefon und den Postausgang des Brüsseler Wirtschafts- und Sozialausschusses zur Verfügung hatte. Daher blieb zu dieser Zeit die transnationale Kooperation meist auf eine kleine, hoch qualifizierte und motivierte Elite beschränkt, die Zugang zu solcherart öffentlichen Ressourcen hatte (Kirchhof/Meyer 2014: 180-182). Solche Art Grenzen der Partizipation lassen den basisdemokratischen Anspruch der transnationalen Atomkraftgegner – gerade im Vergleich zu lokalen Gruppen – problematisch erscheinen.

Schlussfolgerungen

Dieser Beitrag zeigt, wie lokales umweltpolitisches Handeln und zivilgesellschaftliche Akteure in europäische und transnationale Kontexte eingebettet sind. Um über die lokale Ebene hinaus wirksam zu sein, müssen lokale Akteure Grenzen verschiedenster Art überschreiten. Was kann man aus der europäischen Erfahrung lernen im Hinblick auf die Überwindung der verschiedenen Arten von Grenzen, die der Projektverbund herausgearbeitet hat (s. Beitrag von Matthias Lieb in diesem Band)? Welche Rolle spielten administrativ-territoriale, naturräumlich-physikalische, funktionsräumliche und kognitiv-mentale Grenzen und wo bieten sich Ansätze zur weiteren Forschung?

Administrativ-territoriale Grenzen

Europäische Politik war und ist vor allem ein Instrument, um administrativ-territoriale Grenzen zu überschreiten, wenn diese nicht den Grenzen des Problembereichs entsprachen, und es daher ohne Kooperation unmöglich war, solche Probleme zu lösen. Die grenzüberschreitende Natur eines Problems war eine wichtige Legitimationsgrundlage für das Setzen einheitlicher europäischer Regeln, so auch in der Umweltpolitik. Grenzüberschreitend wirksame Regeln im Vogelschutz erschienen italienischen Vogelschützern eine ausgezeichnete Lösung, denn sie waren frustriert vom Hin und Her der italienischen und der in ihren Augen unzureichenden regionalen Schutzgesetzgebung. So versuchten sie, *regime shopping* oder *venue shopping* (Princen 2007: 27) zu betreiben und auf die europäische Ebene auszuweichen. Dies aber erforderte, dass Akteure grenzüberschreitend Politik machten und sich transnational vernetzten. Spannend wäre zu erforschen, inwieweit Kommunen hier aktiv wurden. Die Geschichte der Rolle von Kommunalverbänden als grenzüberschreitend Handelnden in der europäischen Umweltpolitik ist jedenfalls bisher ungeschrieben.

Naturräumlich-physikalische Grenzen

Diese spielten im Falle des Rheins eine Rolle, weil hier naturräumliche und nationale politische Grenzen nicht übereinstimmten. Gleichwohl bot sich der Rhein als Aktionsfeld für europäisches, grenzüberschreitendes Handeln an, weil er – bis auf den Oberlauf – innerhalb der EG lag und damit die

Interessen fast aller Mitglieder betraf. Zudem ist der Rhein schon seit dem Wiener Kongress ein Objekt trans- bzw. internationaler Kooperation. Die Rolle der Kommunen in diesem Bereich ist ebenfalls weitgehend unerforscht. Diese könnte zum Beispiel auch durch die Vertretung von kommunalpolitischen Interessen im Europäischen Parlament zu einer Zeit eine Rolle gespielt haben, als die Parlamentarier durch ihre Doppelmandate noch tiefer in die nationale Politik eingebettet waren. (Meyer 2011b).

Funktionsräumliche Grenzen

Funktionale Einheiten und Institutionen spielten sowohl im Bereich der Implementation europäischen Rechts eine wichtige Rolle als auch bei der Einbeziehung von Experten aus solchen Funktionseinheiten bei der Rechtssetzung. Wolfram Kaiser und Johan Schot (Kaiser/Schot 2014) haben die große Bedeutung von funktionaler, technokratischer Expertise und quasi-politischer Regelsetzung in der europäischen Integration hervorgehoben. Sie argumentierten, dass seit dem 19. Jahrhundert Experten mit technokratisch-internationalistischer Weltsicht (*»technocratic internationalism«*) vielfältige Regeln in Europa aufgestellt haben. Experten-Ausschüsse, die im Rahmen des sogenannten »Komitologie«-Verfahrens EG/EU Regeln ergänzen und verändern können, haben großen Einfluss. Wie hier kommunale und funktionale Behörden interveniert, kooperiert oder konkurriert haben, bedarf ebenfalls noch der historischen Erforschung.

Kognitiv-mentale Grenzen

Kognitiv-mentale Grenzen, die durch nationale politische Kulturen und Medien, Sprachen und politische Handlungsrahmen geprägt sind, spielten sowohl in der transnationalen Kooperation als auch im Prozess der europäischen Politik eine sehr wichtige Rolle. Diese zu überwinden oder zumindest tragfähige Allianzen mit Gleichgesinnten zu bilden, war die wichtigste Voraussetzung für gemeinsame europäische Politik-Projekte. Für die Kooperation von Kommunen, aber auch von lokalen Gruppen mit lokalem Fokus wird dies umso mehr eine Rolle gespielt haben, je weiter diese Kooperation ausgriff, zum Beispiel in europäischen Gemeindeverbänden.

Was lässt sich also aus der europäischen Erfahrung lernen? Grenzen sind ganz klar nie absolut, sondern stellen eine Herausforderung dar. Sie

erfordern Kooperation, und Grenz-Überwindungs-Bereitschaft (möglichst auf beiden Seiten). Es gibt aber auch so etwas wie Grenz-Überwindungs-Expertise. Hierbei spielen mentale, aber auch materielle Ressourcen eine große Rolle. Diese Ressourcen sind jedoch meist ungleich verteilt. Daher kommt den Grenz-Überwindungs-Experten eine wichtige Rolle zu. Für die Untersuchung von Grenzen wäre es interessant, diese Grenz-Überwindungs-Akteure, ihre Aktivitäten, ihre Eigenschaften und Ressourcen näher zu beleuchten.

Literatur

- Boersma, Jacob (1970): »Bericht im Namen des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitsfragen über die Reinhaltung der Binnengewässer unter besonderer Berücksichtigung der Verunreinigung des Rheins, 11 November 1970«, in: CARDOC PEO-AP RP/ASOC.1967 AO-0161/70.
- Borowy, Iris (2014): *Defining Sustainable Development for Our Common Future. A History of the World Commission on Environment and Development (Brundtland Commission)*, Abingdon.
- (2017): »(Re-) Thinking Environment and Economy: The Organisation for Economic Cooperation and Development and Sustainable Development«, in: Kaiser, Wolfram/Meyer, Jan-Henrik (Hg.): *International Organizations and Environmental Protection. Conservation and Globalization in the Twentieth Century*, New York, 211-240.
- Börzel, Tanja A./Heard-Lauréote, Karen (2009): »Networks in Multi-Level Governance. Concepts and Contributions«, in: *Journal of Public Policy* 29: 2, 135–152.
- Bundestag, Deutscher (2013): »Schlussbericht der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«, in: *Drucksache des Deutschen Bundestages* 17: 13300, 3.5. 2013.
- Cioc, Mark (2002): *The Rhine. An Eco-Biography, 1815–2000*, Seattle.
- (2013): »Europe's River. The Rhine as a Prelude to Transnational Cooperation and the Common Market«, in: Bsumek, Erika Marie/Kinkela, David/Lawrence, Mark Atwood (Hg.): *Nation-States and the Global Environment. New Approaches to International Environmental History*, Oxford, 25–42.
- Commission, European (1971): *First Communication of the Commission about the Community's Policy on the Environment. SEC (71) 2616 final*, 22 July 1971, in: Archive of European Integration (AEI), 2.08.2016, <http://aei.pitt.edu/3126/1/3126.pdf>.

- (1972): »Communication from the Commission to the Council on a European Communities' Programme concerning the Environment (submitted on 24 March 1972)«, in: *Bulletin of the European Communities. Supplement 5*: 5, 1–69.
- Communities, Council of the European (1973): »Declaration of the Council of the European Communities and of the representatives of the Governments of the Member States meeting in the Council of 22 November 1973 on the Programme of Action of the European Communities on the Environment«, in: *Official Journal of the European Communities* 16: C 112, 20 December 1973, 1–53.
- Delreux, Tom/Happaerts, Sander (2016): *Environmental Policy and Politics in the European Union*, London.
- Downs, Anthony (1972): »Up and Down with Ecology. The »Issue-Attention« Cycle«, in: *Public Interest* 28: 1, 38–50.
- Egan, Michael (2007): *Barry Commoner and the Science of Survival. The Remaking of American Environmentalism*, Cambridge, MA.
- Eiardt, Ulrike (1975): »Bericht über die Teilnahme an der Manifestation gegen KKW's am 26. April 1975, sowie am Colloque nucléaire et politique, veranstaltet von »Amis de la Terre« u.a. vom 26.–27. April 1975 in Paris, Freiburg, 1. Mai 1975«, in: *Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Bestand Junge Europäische Föderalisten (JEF): Box 132 Arbeitskreise Frieden Schüler Umwelt*, 1–3.
- Engels, Jens Ivo (2010): »Modern Environmentalism«, in: Uekötter, Frank (Hg.): *The Turning Points of Environmental History*, Pittsburgh, 119–131.
- Europe, Council of (1968a): *European Water Charter, proclaimed at Strasbourg, 6 May 1968*, Strasbourg.
- (1968b): *Resolution (68)4, adopted by the Ministers' Deputies on 8 March 1968, approving the "Declaration of Principles" on Air Pollution Control*, Strasbourg.
- Ferguson, Niall (2010): »Crisis, what Crisis? The 1970s and the Shock of the Global«, in: Ferguson, Niall/Maier, Charles S./Manela, Erez/Sargent, Daniel J. (Hg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge, MA, 1–21.
- Gemeinschaften, Europäische (1975): »Richtlinie des Rates vom 8. Dezember 1975 über die Qualität der Badegewässer (76/160/EWG)«, in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* L31, 1–7.
- Gemeinschaften, Ständige Vertretung Frankreichs bei den Europäischen (1972): »Memorandum der französischen Regierung [vom 20.1.1972] über die Entwicklung einer europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes, Brussels, 3 February 1972«, in: *Historical Archives of the European Union CES 4011*.
- Hafner-Burton, Emilie M. (2008): »Sticks and Stones: Naming and Shaming the Human Rights Enforcement Problem«, in: *International Organization* 62: 04, 689–716.
- Hamblin, Jacob Darwin (2013): *Arming Mother Nature. The Birth of Catastrophic Environmentalism*, Oxford.

- Hasenöhl, Ute (2011): *Zivilgesellschaft und Protest. Eine Geschichte der Naturschutz- und Umweltbewegung in Bayern 1945–1980*, Göttingen.
- Jahn, Hans Edgar (1971): »Bericht im Auftrag des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitsfragen über die Notwendigkeit einer Gemeinschaftsaktion zur Reinhaltung der Luft, 15.12.1971«, in: *CARDOC PEO AP RP ASOC.1967 0181/71*.
- Kaiser, Wolfram/Meyer, Jan-Henrik (2013): »Polity-Building and Policy-Making. Societal Actors in European Integration«, in: Kaiser, Wolfram/Meyer, Jan-Henrik (Hg.): *Societal Actors in European Integration. Polity-Building and Policy-Making 1958–1992*, Basingstoke, 244–262.
- Kaiser, Wolfram/Schot, Johan (2014): *Writing the Rules for Europe. Experts, Cartels, International Organizations*, Basingstoke.
- Kaiser, Wolfram (2017): »Sometimes it's the Economy, Stupid! International Organisations, Steel and the Environment«, in: Kaiser, Wolfram/Meyer, Jan-Henrik (Hg.): *International Organizations and Environmental Protection. Conservation and Globalization in the Twentieth Century*, New York, 153–181.
- Kelly, Petra (1974): »Brief an Josef Leinen »vertraulich, sehr wichtig, Brussels, 23 October 1974, »tief in der Nacht«, in: *Archiv Grünes Gedächtnis (AGG) Petra Kelly Archiv*: 2249, 1–2.
- Kirchhof, Astrid Mignon/Meyer, Jan-Henrik (2014): »Global Protest Against Nuclear Power. Transfer and Transnational Exchange in the 1970s and 1980s«, in: *Historical Social Research* 39: 1, 165–190.
- Knill, Christoph/Liefferink, Duncan (2007): *Environmental Politics in the European Union. Policy-making, Implementation and Patterns of Multi-Level Governance*, Manchester.
- Macekura, Stephen (2015): *Of Limits and Growth. The Rise of Global Sustainable Development in the Twentieth Century*, Cambridge.
- (2017): »Towards »Sustainable« Development. The United Nations, INGOs, and the Crafting of the World Conservation Strategy«, in: Kaiser, Wolfram/Meyer, Jan-Henrik (Hg.): *International Organizations and Environmental Protection. Conservation and Globalization in the Twentieth Century*, New York, 241–267.
- McCormick, John (2001): *Environmental Policy in the European Union*, Basingstoke.
- Metzger, Birgit (2015): »Erst stirbt der Wald, dann du!«. *Das Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978–1986)*, Frankfurt./M..
- Meyer, Jan-Henrik (2010): »Saving Migrants. A Transnational Network supporting Supranational Bird Protection Policy in the 1970s«, in: Kaiser, Wolfram/Leucht, Brigitte/Gehler, Michael (Hg.): *Transnational Networks in Regional Integration. Governing Europe 1945–83*, Basingstoke, 176–198.
- (2011a): »Appropriating the Environment. How the European Institutions Received the Novel Idea of the Environment and Made it Their Own«, in: KFG »The Transformative Power of Europe« *Working Paper* 31, 1–33, 2.08.2016, http://edocs.fu-berlin.de/docs/receive/FUDOCS_document_000000012522.

- (2011b): »Green Activism. The European Parliament's Environmental Committee promoting a European Environmental Policy in the 1970s«, in: *Journal of European Integration History* 17: 1, 73–85.
 - (2012): »A good European. Hans Edgar Jahn – Anti-Bolshevist, Cold-Warrior, Environmentalist«, in: Knudsen, Ann-Christina L./Gram-Skjoldager, Karen (Hg.): *Living Political Biography. Narrating 20th Century European Lives*, Aarhus, 137–159.
 - (2013a): »Challenging the Atomic Community. The European Environmental Bureau and the Europeanization of Anti-Nuclear Protest«, in: Kaiser, Wolfram/Meyer, Jan-Henrik (Hg.): *Societal Actors in European Integration. Policy-Building and Policy-Making 1958–1992*, Basingstoke, 197–220.
 - (2013b): »Zivilgesellschaftliche Mobilisierung und die frühe europäische Umweltpolitik. Die Vogelschutzrichtlinie der Europäischen Gemeinschaften von 1979«, in: *Themenportal Europäische Geschichte* 588, 1–10.
 - (2014a): »Getting started: Agenda-setting in European Environmental Policy in the 1970s«, in: Laursen, Johnny (Hg.): *The Institutions and Dynamics of the European Community, 1973–83*, Baden-Baden, 221–242.
 - (2014b): »Where do we go from Wühl?« Transnational Anti-Nuclear Protest targeting European and International Organisations in the 1970s«, in: *Historical Social Research* 39: 1, 212–235.
 - (2017a): »From Nature to Environment: International Organizations and Environmental Protection before Stockholm«, in: Kaiser, Wolfram/Meyer, Jan-Henrik (Hg.): *International Organizations and Environmental Protection. Conservation and Globalization in the Twentieth Century*, New York, 31–73.
 - (2017b): »Making the Polluter Pay: How the European Communities Established Environmental Protection«, in: Kaiser, Wolfram/Meyer, Jan-Henrik (Hg.): *International Organizations and Environmental Protection. Conservation and Globalization in the Twentieth Century*, New York, 182–210.
- Milward, Alan S. (2000): *The European Rescue of the Nation-State*, London.
- Mishan, Ezra J. (1967): *The Costs of Economic Growth*, London.
- NN (1969): »Flüsse. Rheinvergiftung. Nur ein Sterben«, in: *Der Spiegel*, 27, 65–66.
- Organisationen til Oplysning om Atomkraft (OOA) (1980-): »Barsebäck March 1980 -«, in: Rigsarkivet, Kopenhagen, Akte Nr. 125, *Materiale vedr. Barsebäck-aktiviteter*.
- Peters, B. Guy/Pierre, Jon (2009): »Governance Approaches«, in: Wiener, Antje/Diez, Thomas (Hg.): *European Integration Theory*, Oxford, 91–104.
- Princen, Sebastiaan (2007): »Agenda-setting in the European Union. A theoretical Exploration and Agenda for Research«, in: *Journal of European Public Policy* 14: 1, 21–38.
- Schmelzer, Matthias (2016): *The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm*, Cambridge.
- Schulz-Walden, Thorsten (2013): *Anfänge globaler Umweltpolitik. Umweltsicherheit in der internationalen Politik (1969–1975)*, München.

- Scichilone, Laura (2009): »The Origins of the Common Environmental Policy. The Contributions of Spinelli and Mansholt in the *ad hoc* Group of the European Commission«, in: Rasmussen, Morten/Lauring Knudsen, Ann-Christina (Hg.): *The Road to a United Europe. Interpretations of the Process of European Integration*, Brussels, 335–348.
- Stuffmann, Claus (2009): *Interview conducted by Jan-Henrik Meyer with Claus Stuffmann, former Head of Unit at the European Commission's Service for the Environment and Consumer Protection*, Brussels 10 June.
- Temple Lang, John (1982): »The European Community Directive on Bird Conservation«, in: *Biological Conservation* 22: 1, 11–25.
- Thomas, Sarah L. (2009): »A Call to Action. Silent Spring, Public Discourse and the Rise of Modern Environmentalism«, in: Egan, Michael/Crane, Jeff (Hg.): *Natural Protest. Essays on the History of American Environmentalism*, New York, 185–204.